

Weniger Feldflur - weniger Klimaschutz!

Regionalplan-Entwurf Rhein-Neckar übertrifft schlimmste Befürchtungen des Bundesbündnis Bodenschutz.

Mit Freude hat das Bundesbündnis Bodenschutz das neue Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Kenntnis genommen. „Das zwingt aktuell die Bundesregierung zum Nachbessern beim Klimaschutz. Das sollte auch für den Erhalt des Bodens und Schutz unserer Landschaft gelten. Kommunen geben sich ja inzwischen meist klimafreundlich, fordern wir es ein“, so die Reaktion des Bundesbündnis, dem inzwischen fast 40 Naturschutz-, Bauernverbände und Bürgerinitiativen angehören..

Allerdings zeige der neue Regionalplanentwurf, der auch Grundlage für die Flächennutzung im Rhein-Neckar –Raum ist, genau das Gegenteil, nämlich den Wunsch nach Zuwachs an Gewerbeflächen. Er offenbare das unreflektierte „Weiter so“ mit der Versiegelung fruchtbarer Böden. Erneut werde ignoriert, dass un bebauter Boden eines der wichtigsten Fundamente für unseren Klimaschutz ist. „Nur unversiegelter Boden speichert CO₂ und Wasser, er sorgt für die lokale Kaltluftentstehung. Boden ist und bleibt zudem die Grundlage für unsere lokale Ernährung,“ erläutert die Vorsitzende des Bundesbündnis Bodenschutz, Ingrid Hagenbruch.

Mit Sorge stellt man bei dem Bündnis, dem Bodenschützer aus Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz angehören, fest, dass im neuen Entwurf des Regionalplans noch mehr Flächen als bisher für Gewerbe und Siedlung vorgesehen sind. Der Entwurf sieht in der Metropolregion Rhein-Neckar mehr als 800 ha (in Worten: achthundert Hektar) zusätzlichen Flächenverbrauch für Wohnsiedlungs- (ca. 500 ha) und Gewerbefläche (mehr als 300 ha) vor.

Nach Einschätzung des Bündnisses wird dies nicht nur Kosten in Millionenhöhe verursachen. Dies würde definitiv auch ökologisch und für den Klimaschutz unwiederbringliche Schäden verursachen. „Den Stadtplanern reicht es offenbar immer noch nicht mit der Bebauung, es werden die letzten freien Flächen ins Visier genommen“, so die Vertreter der Naturschutz- und Bauernverbände im Bodenbündnis nach Durchsicht der neuen Pläne des Regionalverbands.

Erschreckend finden die Landwirte, Naturschützer und Bürgerinitiativen, dass fast in allen Kommunen Flächen versiegelt werden sollen: fast das gesamte Areal im Westen vor den Hängen des Odenwalds, das Rheintal verschmelze zu einem Siedlungsbrei.

„Soll denn die gesamte Rheinebene verbaut werden, obwohl doch Wiesen und regionale Anbauflächen ohnehin schon so knapp sind?“ fragt Dr. Willi Billau vom Regionalbauernverband Starkenburg. Das Bundesbündnis, das sich länderübergreifend für Bodenschutz und Landschaftserhalt einsetzt muss nun feststellen: „Es findet eine maßlose Zerstörung unserer Kulturlandschaft statt. Kommenden Generationen wird buchstäblich, der Boden entzogen. Unsere letzte grüne Landschaft darf nicht auch noch geopfert werden.“

Aus Sicht des Bündnisses handelt es sich bei diesen Planungen um das „Wunschkonzert der Bürgermeister und Altbürgermeister“, die in der Regionalversammlung recht unauffällig reine Wirtschaftsbelange platzieren. Der weitere Flächenverbrauch werde sogar als „guter Kompromiss zwischen Ökonomie und Ökologie“ verkauft. Fazit sei die permanente Abnahme freier Flächen.

Das Bundesbündnis Bodenschutz weist darauf hin, wie Bürger*innen sich wehren können.

Bis zum **15. Juni 2021** sind Anregungen und Stellungnahmen der Öffentlichkeit gegen den Entwurf des Regionalplans möglich. Alle Bürger*innen können gegen diese Entwicklung Einwendungen erheben. „Wenn Sie sich wehren, können Sie der Zerstörung unserer Umwelt mit weiterer Erwärmung und Wasserknappheit Einhalt gebieten“, so die Aufforderung des Bundesbündnis Bodenschutz.

So könne man an den *Verband Region Rhein-Neckar* schreiben:

E-Mail: beteiligung-regionalplan@vrrn.de

Postadresse: M1, 4-5, 68161 Mannheim

Dabei müssten keine langen Stellungnahmen abgegeben werden, rät das Bundesbündnis. Es genüge ein Einspruch gegen den weiteren Flächenverbrauch mit Hinweis auf die Bedeutung unserer Feldflur für uns alle, besonders aber für den Naturschutz und die Landwirtschaft.

info@bundesbuendnis-bodenschutz.de



www.bundesbuendnis-bodenschutz.de